Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Top-Virologe Streeck dämpft Impfstoff-Hoffnungen und warnt vor „Alarmismus“ und „Stimmungsmache“
2. Von der Superspreaderin, die keine Superspreaderin war
3. Tourismus-Branche: Reisewarnung für Wien “eine Katastrophe”
4. From Blue Shirts to Brown
5. Falsche Gewissheiten um Covid 19
6. Widerrede und meine Replik zum Beitrag “Sonderauswertung zeigt normale Sterblichkeit”
7. Acht Milliarden Euro im Handstreich
8. Öffentliche Beschäftigungspolitik: die tiefe Arbeitsmarktkrise erfordert neue politische Lösungen!
9. Die Kultur kommt wieder zu kurz
10. Wirecard: Der freie Fall des einstigen Börsen-Stars
11. Die Fluchtverursacher
12. Aktivist Krauthausen: Deutschland ist „Weltmeister“ darin, behinderte Menschen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten
13. Koalition stützt Scheuers Funklochgesellschaft trotz massiver Kritik
14. Zu guter Letzt: Wir nannten ihn THE BRAIN

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Top-Virologe Streeck dämpft Impfstoff-Hoffnungen und warnt vor „Alarmismus“ und „Stimmungsmache“**
   Der Bonner Virologe erwartet keinen Lockdown für Deutschland mehr. Den „schwedischen Weg“ will er nicht verdammen – und er blickt skeptisch auf die Corona-App.

Quelle: Handelsblatt

dazu: Mediziner fordern dringend eine neue Strategie beim Umgang mit Corona

Die Gesellschaft müsse sich auf ein Leben mit dem Virus einrichten, sagen Vertreter der evidenzbasierten Medizin. Belastbare Forschungsdaten sollen Grundlage der Politik sein. Der „Panikmodus" müsse ausgeschaltet werden. […]

Ein Versäumnis im Umgang mit Corona sei bis heute das Fehlen einer „repräsentativen Kohorte", sagte der Mediziner. Damit ist eine große Bevölkerungsstudie gemeint, die auf zufallsgenerierten Stichproben beruht und über längere Zeit läuft. Nur damit könne man adäquat einschätzen, wie häufig Sars-CoV-2-Infektionen wirklich auftreten. Nicht erkannt worden sei am Anfang die „Hauptproblematik der Corona-Epidemie", nämlich die Tatsache, dass viele symptomlos Infizierte zur Ausbreitung beitragen. Es sei nicht zwischen den beiden unterschiedlichen Ausbreitungstypen unterschieden worden, die sich aus diesem Phänomen ergäben: der herdförmigen und der sporadischen Übertragung. Bei der herdförmigen Übertragung bilden sich sogenannte Cluster. So sei es in Deutschland zum „Hyper-Cluster" in Heimen und Pflegeeinrichtungen mit bis zu 1000 Neuinfektionen täglich gekommen. „Diese waren erst nach tiefgreifenden Umstellungen der institutionellen Abläufe zu beherrschen", schreiben die Autoren um Schrappe.

Die Kritiker werfen dem Robert-Koch-Institut (RKI) vor, keine Expertise von Fachleuten eingeholt zu haben. In Deutschland gebe es reichlich Erfahrungen mit beiden Ausbreitungstypen, nämlich bei der Kontrolle von jährlich 700.000 Krankenhausinfektionen, die ebenfalls durch Keimträger ohne Symptome übertragen werden können. Sie breiteten sich sowohl herdförmig aus (in großen Clustern) als auch sporadisch, womit eine gleichmäßige Ausbreitung gemeint ist, bei der zunehmend Einzelfälle und sehr kleine Cluster auftreten. Von Anfang an hätte man Experten der Krankenhaushygiene und der klinischen Infektiologie mit ihren Infection-Control-Techniken hinzuziehen müssen, so die Kritiker. Diese Spezialisten seien in der Lage, eine Epidemie vor Ort zu kontrollieren.

Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung Christian Reimann: *Offenbar gibt es Kritik innerhalb eines zugelassenen Rahmens. Über den Nutzen der "AHA-Regeln" lesen Sie bitte auch Lockdowns and Mask Mandates Do Not Lead to Reduced COVID Transmission Rates or Deaths, New Study Suggests und sehen Sie Lockdown und Maskenpflicht nutzlos – Punkt.PRERADOVIC mit Prof. DDr. Martin Haditsch.*

Der Artikel ist dennoch interessant – so wird zum Schluss u.a. auch ein Vergleich mit anderen Krankheiten gefordert:

> "Aus Sicht der Risikokommunikation sollte es aber eine Einordnung in Zusammenhänge geben – zum Beispiel der Fallzahlen, Verläufe und Todesrate im Vergleich mit anderen Krankheiten, etwa ambulant erworbenen Pneumonien, an denen in Deutschland jährlich 660.000 Menschen erkrankten, wie das EbM-Netzwerks mitteilt."

2. **Von der Superspreaderin, die keine Superspreaderin war**
Coronakrise, Medienkrise: Im Fall Garmisch-Partenkirchen haben viele Journalisten die Anstandsregeln missachtet
"Superspreader (deutsch "Superverbreiter") sind im epidemiologischen Kontext Infizierte, die eine ungewöhnlich hohe Zahl von Organismen mit einem bakteriellen oder viralen Krankheitserreger anstecken." (Wikipedia)
Die Stigmatisierung im Zusammenhang mit Covid-19 ist ein wenig besprochenes Thema. "Superspreader" wäre ein Schlagwort dafür. Jemandem, der oder die absichtlich oder auch fahrlässig das Sars-CoV-2-Virus verbreitet, wird der Ruch, "kriminell" zu sein, angeklebt; ein Schlag hinterrücks, der Zettel ist dran, ohne Beweise, auf Verdacht. Umso mehr wiegelt sich die Empörung über die verdächtige Person auf, wenn Geschichten dazu kommen, wonach sie ihrem persönlichen Vergnügen nachgegangen ist und also aus purer Lust und unverantwortlicher Ausschöpfung ihrer Freiheiten das Gemeinwesen gefährdet.
Quelle: Telepolis

Anmerkung JK: *Ein wichtiger Beitrag, der zeigt, wie gezielt durch die "Qualitätsmedien" Panik und Angst verbreitet wird. Es wäre ein entscheidender Beitrag zu einer Versachlichung der Diskussion über die Corona-Epidemie und die entsprechenden Gegenmaßnahmen, wenn dies endlich aufhören würde. Aber hier ist aus der Ecke der politischen Elite, explizit Merkels, kein Wort der Mäßigung zu hören. Man gefällt sich offenbar darin, auf der allgemeinen Welle der Angst zu surfen.*

3. **Tourismus-Branche: Reisewarnung für Wien "eine Katastrophe"**
Die Tourismus-Branche in Wien erwartet nach der deutschen Einstufung zum Risikogebiet riesige Verluste. In anderen Regionen Österreichs verlief die Sommersaison zwar nicht so schlimm wie befürchtet, doch für den Winter sieht man schwarz.

Die Einstufung von Wien als Corona-Risikogebiet bedeutet für den Tourismus in Wien nach Ansicht von Experten einen enormen Tiefschlag. “Das ist eine super Katastrophe”, sagte Wiens Tourismusdirektor Norbert Kettner.
Die Deutschen seien immer die wichtigste Gästegruppe gewesen und hätten auch gerade in der Coronakrise der Stadt die Treue gehalten. 35 Prozent der Übernachtungen im Juli seien auf deutsche Gäste entfallen. Nun steuere der Tourismus, der 2019 ein Rekordjahr verbucht hatte, in diesem Jahr auf ein Minus bei den Übernachtungen von 70 Prozent zu. “Einige Hotels werden temporär zusperren, manche für immer.”
In Wien hingen 116.000 Jobs direkt oder indirekt am Tourismus. Schätzungsweise 35.000 drohten nun verloren zu gehen.
Quelle: Tagesschau

4. **From Blue Shirts to Brown**
   On Saturday 5th of September a national day of protest occurred in cities around Australia against the unnecessary and draconian lockdowns that have been occurring across the country and which are still occurring in Victoria. Similar protests have occurred in cities around the world, most especially in Europe.
   These protests are a legitimate and rational response to despotic and often unconstitutional laws that unscientifically characterize every member of society as a bio-security risk to everyone else. They are also a protest against law enforcement bureaucracies that identify responsible, civic-minded citizens as criminals if they dare to question such laws or even worse, step out of their homes in defiance of the lockdown to register their dissent.
   The Australian protests occurred peacefully and without incident in most places, including Brisbane where I participated. But it was not the case in Victoria where a State of Disaster has been declared due to the ‘extraordinarily high’ number of active Covid cases there.
   Quelle: off Guardian

   Anmerkung unseres Lesers H.S.: *Eine interessante Stimme von “Down Under”, die Corona-Situation im Australischen Bundesstaat Victoria betreffend. Vielleicht ein Extrembeispiel, welches zeigt, was von sogenannten “liberalen Demokratien” übrig bleiben kann.*

5. **Falsche Gewissheiten um Covid 19**
   Selbst wenn es keine anderen Probleme im Zusammenhang mit Corona gäbe – das Virus und die daran anknüpfenden politischen Handlungen haben Freunde, Familienangehörige und auch langjährige politische Weggefährten einander entzweit.

Die Frage liegt nahe, wem das nützt. Denn „Teile und herrsche“ war schon immer das Erfolgsrezept der Macht. Um aber eine Annährung zu erreichen und das „Bigger Picture“ zu erfassen, müssen wir nicht nur zweifeln, wir wir tun gut daran, auch an den Zweifeln zu zweifeln. Dafür besonders geeignet ist der weit ausgreifende, wägende Verstand des Friedensaktivisten Bernhard Trautvetter – Mitglied unter anderem in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN). Er bringt den Weisheitssatz „Audiatur et altera pars“ ins Spiel – „Gehört werde auch die andere Seite“. Unbeirrt mahnt er, die lebenswichtigen Belange der Kriegsverhinderung, der Rettung des Ökosystems und des sozialen Ausgleichs nicht zu „vergessen“ und hinter Corona-Aktivismus zurückzustellen. Bernhard Trautvetter
Die Strategische Kommunikation der Macht ist unter anderem bestrebt, die potentiellen Gegner zu spalten, um ihre Macht zu erhalten und auszubauen.
Quelle: Hinter den Schlagzeilen

6. **Widerrede und meine Replik zum Beitrag “Sonderauswertung zeigt normale Sterblichkeit”**
   Aus einer Sonderauswertung des Statistikamtes ging hervor, dass die Sterblichkeit in Deutschland im Jahr der Pandemie nicht höher war als normal und deutlich weniger hoch als im schweren Grippejahr 2018. Daraus hatte ich gefolgert, dass “man den Bürgern in Deutschland zur Rettung von Leben (und Gesundheit) in der Corona-Pandemie um ein Vielfaches höhere Kosten und Einschränkungen aufgebürdet hat, als man das sonst zur Erreichung des gleichen Ziels in Erwägung ziehen würde.” Dazu kam Widerspruch auf den ich eingehen möchte.
   Offenbar ist durch meinen Beitrag nicht ganz klar geworden, worauf ich hinaus will, jedenfalls nicht für alle. (…)
   Bei Covid hat man am Anfang falsch behandelt und dadurch wohl viel Schlimmes angerichtet. Man wusste es nicht besser. Heute weiß man es besser. Jetzt ist die Sterblichkeit in allen Altersgruppen deutlich gesunken. Es gibt kaum noch Covid-19-Tote und sehr wenige Covid-19-Patienten in Intensivbehandlung. Die vielen Grippetoten 2018 (viel mehr als durch Covid-19) sind trotz der vorhandenen Impfung und der bekannten Behandlungsmethoden gestorben. Die Kontaktbeschränkungen und Lockdowns, wie sie gegen Covid-19 verfügt wurden, hätten wahrscheinlich viele Grippetote verhindern können. Es wurde nicht einmal darüber nachgedacht, diese (statistischen) Leben auf diese Weise zu retten. (…)
   Man kann zwar keinen Preis für ein Leben oder die Gesundheit eines Menschen angeben, aber man kann feststellen, welche Kosten die Gesellschaft bereit ist in kauf zu nehmen, um das Risiko, dass manche Mitglieder der Gesellschaft Leben oder Gesundheit verlieren, zu reduzieren. In kaum einer relevanten Gruppe von Lebensrisiken werden pro statistisch gerettetem Leben auch nur annähernd so viel

Kosten in Kauf genommen, wie das bei Covid-19 verfügt wurde. Ich will darauf hinaus, dass man früher und dafür weniger drastisch hätte reagieren sollen und die Einschränkungen auch früher hätte lockern sollen. Ich will darauf hinaus, dass man es mit der Angstpropaganda maßlos übertrieben hat und noch übertreibt, was für einen großen Teil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schäden verantwortlich ist.
Quelle: Norbert Häring

7. **Acht Milliarden Euro im Handstreich**
Der Bundesgesundheitsminister greift auf die Rücklagen von Kassen zurück, um das Finanzloch der GKV zu stopfen. Dieser Coup wird lange nachwirken.
So schnell können acht Milliarden Euro weg sein. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) schüttet das voraussichtlich 16 Milliarden Euro tiefe Loch in der GKV dadurch zur Hälfte zu, dass er rigoros auf Krankenkassen mit hohen Finanzreserven zurückgreift. Darf er das? Das darf er!
Die gesetzlichen Kassen sind Teil der mittelbaren Staatsverwaltung. Sie sind rechtlich selbstständige und vom Staat weitgehend unabhängige Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Doch sie sind an gesetzliche Vorgaben gebunden – und die ändert Spahn.
Schon lange sind die aus seiner Sicht überbordenden Reserven mancher Kassen dem Minister ein Dorn im Auge. Durch akribische Vorgaben hat er in den vergangenen Jahren versucht, einen Rücklagenabbau zu erzwingen. Nun dürfte er froh sein, dass er auf das noch vorhandene Tafelsilber reicher Kassen zugreifen kann.
Quelle: Ärztezeitung

dazu: Spahn bittet Beitragszahler nun doch für Corona-Kosten zur Kasse
Das coronabedingte Defizit der gesetzlichen Krankenversicherungen wird nur zum Teil vom Bund finanziert. Den Rest sollen Versicherte und Krankenkassen zahlen.
Quelle: Tagesspiegel

dazu auch: Gesetzliche Kassen zahlen auch für Privatversicherte
Milliardenschwere Extraausgaben im Gesundheitssystem infolge des Coronalockdowns werden im Wesentlichen von gesetzlich Versicherten getragen. Zu Gute kommen sie aber auch Privatversicherten.
Quelle: WirtschaftsWoche

8. **Öffentliche Beschäftigungspolitik: die tiefe Arbeitsmarktkrise erfordert neue politische Lösungen!**
Die Arbeitslosigkeit ist durch die Corona-Krise dramatisch angestiegen. Prognosen deuten darauf hin, dass sich die schon vorher hohe Langzeitarbeitslosigkeit weiter erhöhen wird. Reine Arbeitsmarktpolitik, etwa die Qualifizierung von arbeitslosen

Personen, stößt an Grenzen, weil es nicht genug Arbeitsplätze gibt, auf denen diese dann eingesetzt werden können. Es braucht in der gegenwärtigen Arbeitsmarktkrise also vor allem eine mutige und offensive Beschäftigungspolitik, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.
Quelle: A&W blog

9. **Die Kultur kommt wieder zu kurz**
   Als Notre Dame in Paris in Flammen stand, erinnerte sich die EU für ein paar Tage an die Bedeutung der Kultur. Doch beim "historischen" Wiederaufbau-Plan wurden die Mittel gekürzt. Dabei geht es dem Kultursektor besonders dreckig.
   Fast 8 Millionen Menschen arbeiten in der europäischen Kulturbranche. Auf Theater, Kinos, Museen und andere Kultureinrichtungen entfallen rund vier Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der EU.
   Wegen der Coronakrise sind viele Einrichtungen immer noch geschlossen. Freiberufliche Kulturschaffende – z.B. Schauspieler, aber auch Journalisten – sind in ihrer Existenz bedroht. Für sie gab es kaum Hilfsprogramme.
   Beim "historischen" Gipfeltreffen zum Wiederaufbau nach Corona im Juli spielte das aber keine Rolle. Die Beträge für das Programm "Kreatives Europa" wurden auf rund 1,64 Milliarden Euro gekürzt.
   Quelle: Lost in Europe
10. **Wirecard: Der freie Fall des einstigen Börsen-Stars**
    Jahrelang spielte der Finanzdienstleister Wirecard ganz vorne in der internationalen Finanzbranche mit. Dann folgte der Absturz. Wie heute bekannt ist wurden viele Investoren und Anleger betrogen und tausende Beschäftigte haben ihren Job verloren. Damit so etwas nicht wieder passiert, fordert der DGB-klartext härtere Gesetze und stärkere Kontrollen. […]
    Der ganze Schaden ist bisher nicht abzuschätzen. Insgesamt 3,2 Milliarden Euro hat sich Wirecard bei Banken und Investoren geliehen. Geld, was zum Großteil verloren ist. Tausende Beschäftigte haben ihren Job verloren oder stehen kurz vor der Entlassung. Auch Kleinanleger wurden um ihre Ersparnisse geprellt. Hinzu kommt ein Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland.
    Alarmzeichen wurden zu lange Ignoriert
    Dabei gab es offenbar bereits vor Jahren Hinweise auf Ungereimtheiten. Doch weder die Wirtschaftsprüfergesellschaft noch Aufsicht oder Politik nahmen dies zum Anlass, genauer hinzuschauen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin), die höchste Finanzaufsichtsbehörde hierzulande, ignorierte das Problem offenbar jahrelang trotz Warnungen. Ein Untersuchungsausschuss soll nun weitere offene Fragen klären.
    Quelle: DGB klartext

dazu: Wirecard: Banken prüfen Milliardenklage
15 Banken hatten dem Konzern Wirecard hunderte Millionen Euro geliehen. Jetzt wollen sie sich nach Informationen von WDR und SZ das Geld wieder holen – wenn nötig auch von den Aufpassern des Konzerns. […]
Nach Recherchen von WDR und "Süddeutscher Zeitung" (SZ) wird eine entsprechende Klage in Milliardenhöhe geprüft. Mögliche Klage-Gegner, so heißt es inoffiziell, seien demnach der Bund, die Finanzaufsicht Bafin, die Wirtschaftsprüfer von EY (früher: Ernst & Young), der Aufsichtsrat und auch der Vorstand des insolventen Konzerns.
Quelle: Tagesschau

11. **Die Fluchtverursacher**
Die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge in Griechenland, darunter diejenigen auf den Ägäisinseln, sind von Kriegsschauplätzen westlicher Mächte geflohen, werden aber von Deutschland und der EU ausgesperrt. Mehr als drei Fünftel aller Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr in Griechenland registriert wurden, stammen aus vier Ländern, in denen die Bundeswehr operiert (Afghanistan, Irak, Syrien) oder die Vereinigten Staaten Drohnenangriffe durchführen (Pakistan). Auf Lesbos sind insbesondere Flüchtlinge vom Hindukusch präsent. Dies entspricht den Resultaten einer aktuellen, an einer US-Elitehochschule (Brown University) erstellten Studie, der zufolge die Kriege der USA und ihrer Verbündeten, darunter Deutschland, in den vergangenen zwei Jahrzehnten mindestens 37 Millionen Menschen auf die Flucht getrieben haben. Nur der Zweite Weltkrieg hat mehr Flüchtlinge produziert als sie. Berlin und Brüssel stellen hohe Summen zur Verfügung, um die Grenzen gegen unerwünscht Einreisende abzuschotten. Das Zugeständnis, zu dem sich Berlin nach dem Brand im Lager Moria bereit findet: die Aufnahme von nicht mehr als 1.700 Menschen.
Quelle: German Foreign Policy
12. **Aktivist Krauthausen: Deutschland ist „Weltmeister" darin, behinderte Menschen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten**
Menschen mit Behinderung werden nach den Worten des Aktivisten Krauthausen in Deutschland noch immer weitgehend aus dem regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Der Aktivist äußerte sich unter anderem beim rbb-Sender radioeins. Anlass war die Aktion „Schichtwechsel", bei der Menschen mit und ohne Behinderung für einen Tag die Arbeitsplätze tauschen. In dem Streitgespräch sagte Krauthausen, Deutschland sei „Weltmeister" darin, behinderte Menschen aus dem Arbeitsmarkt auszugrenzen. Krauthausens Kritik richtet sich auch gegen das System der Behindertenwerkstätten in Deutschland. Der Aktivist verweist bei Twitter auf einen Artikel der Initiative JOBinklusive, an der er er auch beteiligt ist. Der Text wirft den

Behindertenwerkstätten vor, Inklusion zu verhindern. Menschen mit Behinderung werde der Weg in die Werkstatt „oft alternativlos vorgegeben“. Die Werkstätten müssten „endlich konsequent“ an ihrem Hauptauftrag gemessen werden, Werkstattbeschäftigte langfristig in Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu bringen. Der Staat könne die Handlungsmöglichkeiten der Werkstätten erweitern und sie zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben drängen, heißt es dort.
Quelle: Deutschlandfunk

13. **Koalition stützt Scheuers Funklochgesellschaft trotz massiver Kritik**
Union und SPD übergehen den Einwand des Bundesrechnungshofs und billigen eine bundeseigene Mobilfunkgesellschaft. Grüne, Linke und FDP üben scharfe Kritik.
Quelle: Handelsblatt
14. **Zu guter Letzt: Wir nannten ihn THE BRAIN**

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Mein alter Kumpel ausm EU-Parlament Herbert Reul… Wir nannten ihn THE BRAIN… Smiley! https://t.co/w02AhbTzHI
>
> — Martin Sonneborn (@MartinSonneborn) September 17, 2020

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen